Beilage 2224

**Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen**

München, 21. Januar 1952

An den
Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags
München

Betreff:

Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949

Beilagen:

Vorbemerkung zur Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949 (30fach),
3 Streckbände, enthaltend die Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949 nebst Begründung der über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben und der Haushaltsvorgriffe (30fach)

I.

Gemäß Art. 80 der Bayer. Verfassung in Verbindung mit § 72 der RWB übersende ich in der Anlage die Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949 samt Anlagen.

Der Oberste Rechnungshof, dem ich die Staatshaushaltsrechnung gleichzeitig übersandt habe, wird gemäß § 21 Abs. 1 und 3 des Rechnungshofgesetzes vom 6. 10. 1951 (GVBl. S. 189) seinen Bericht über die Durchführung der Rechnungsprüfung und seine Einzelrechnung für das genannte Rechnungsjahr dem Landtag in nächster Zeit unmittelbar vorlegen.

Ich bitte, die Entscheidung des Landtags über die nachträgliche Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben und der Haushaltsvorgriffe (§ 88 der RHO) in der Gesamthöhe von 135 049 072,92 DM und über die Entlastung der Staatsregierung (§ 80 der Bayer. Verfassung) herbeizuführen.

In den beigegeführten Vorbemerkungen zur Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949 habe ich mir gestattet, einen kurzen Gesamtüberblick über die staatliche Haushaltswirtschaft in dem genannten Rechnungsjahr zu geben.

Dem Herrn Präsidenten des Senats habe ich im Hinblick auf § 21 Abs. 1 a. a. O. die Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949 ebenfalls übersandt.

II.

Um die Aufstellung der Staatshaushaltsrechnungen nunmehr zeitlich möglichst nahe an den Abschluß des jeweiligen Rechnungsjahres heranzubringen, habe ich die Staatshaushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1949 in der gleichen vereinfachten Form aufgestellt, wie die dem Bayer. Landtag mit meinem Schreiben vom 31. Juli 1951 Nr. I 10975 — Ce 644 übersandten Staatshaushaltsrechnungen für die Rechnungsjahre 1946, 1947 und 1948. Dies bedeutet, daß die in § 79 RHO vorgeschriebenen Nachweisungen der Rechnung nicht beiliegen.

Diese Nachweisungen sind nach Auffassung des Staatsministeriums der Finanzen nicht von so ausschlaggebender Bedeutung, daß die Entscheidung über die Entlastung der Staatsregierung von ihrem Vorliegen abhängig gemacht zu werden bräuchte. Schon unter den günstigeren Vorkriegsverhältnissen hat das ehem. Reich, das diese Nachweisungen als Bestandteil der Reichshaushaltsrechnungen eingeführt hatte, über ihre Nichtvorlage hinweggesehen. Bayern hat sich mit Nachweisungen begnügt, deren Unvollständigkeit ohne weiteres erkennbar war. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Mehrzahl der Behörden die zur Erstellung dieser Nachweisungen notwendigen Unterlagen bis zum Rechnungsjahr 1951 nicht oder nur unvollständig geführt haben. Erst auf Grund von Anordnungen des Staatsministeriums der Finanzen in seiner Entschließung vom 29. März 1951 Nr. I 26301¹ - Ce 508 kann damit gerechnet werden, daß diese Unterlagen von den Behörden geführt werden und Nachweisungen als Bestandteile der Staatshaushaltsrechnungen erstellt werden können, die Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit erheben können.

Für die Staatshaushaltsrechnungen 1949 und 1950 bitte ich den Landtag, es in Wiederholung seines Beschlusses vom 27. September 1950 (Beil. 4349), allenfalls unter Zustimmung des Obersten Rechnungshofs, bei der durch den Verzicht auf diese Nachweisungen vereinfachten Form der Aufstellung der Staatshaushaltsrechnungen zu belassen.

(gez.) Friedrich Zietsch,

Staatsminister

Von der Drucklegung der Beilagen wurde Abstand genommen.